

Niederschrift

über die 7. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft
am Donnerstag, **23.09.2010**, 17:06 Uhr - 19:45 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Sybille Benning, Heinz Georg Buddenbäumer, Wolfhard Ediger, Georg Fehlauer (als Vertreter für Stefan Weber ab 18.15 Uhr), Horst Kisnat (als Vertreter für Simone Wendland), Stefan Roth, Walter von Göwels, Stefan Weber (anwesend bis 18.15 Uhr),

von der SPD-Fraktion

Thomas Fastermann, Wolfgang Heuer, Inge Jachmann, Friedhelm Schade, Karl-Heinz Winter,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Helga Bennink, Stephan Hense, Jörn Möltgen (anwesend ab 17.30 Uhr), Reinhard Scholz,

von der FDP-Fraktion

Jürgen Reuter, Hans Varnhagen,

Sachkundige Einwohner/innen

Dr. Gerhard Bonn, Achim Dejozé, Irmgard Hilgensloh, Uwe Raffloer, Franz-Josef Sauer, Christoph Thiel, Dr. Georgios Tsakalidis (anwesend bis 19.00 Uhr), Patrik Werner,

von der Verwaltung

Reinhard Adams, Stephan Böhme, Dr. Ingo Deitmer, Gerd Franke, Thomas Hauff, Dr. Annemarie Janetzki, Dietmar König, Jörg Krause, Andreas Kurz, Dirk Lohaus, Georg Mümken, Gabriele Regenitter, Christian Schowe, Hartwig Schultheiß, Reimer Stoldt, Michael Tegtmeier, Siegfried Thielen, Klaus Uplawski, Ulrich Winter,

für die Schriftführung

Regina Dittmer,

Es fehlten:

Simone Wendland,

Gäste:

Herr Daniel Knoche, Knoche Partner Architekten (zu TOP 6.1)
 Herr Klemens Nottenkemper, Wohn + Stadtbau GmbH (zu TOP 6.2)
 Herr Dr. Thomas Robbers, WFM – Wirtschaftsförderung Münster GmbH (zu TOP 6.8)
 Herr Jochen Roes, Stadtwerke Münster GmbH (zu TOP 7.8)

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 7. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft am 23.09.2010

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**
 - 2. Genehmigung der Tagesordnung**
 - 2.1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.
 - 3. Mitteilungen der Verwaltung**
 - 4. Anträge und Eingaben**
 - 4.1. Bekanntgabe
 - 4.2. Stellungnahmen
 - 5. Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft**
 - 5.1. Anregung § 24 GO NRW Aufgabe des Spielplatzes "Pater-Kolbe-Straße" in Amelsbüren
 - 5.2. Bürgerumfrage 2010: Ergebnisse der Fragenkomplexe "Einsparmöglichkeiten und Mehreinnahmen", "Ziele der Stadtentwicklung"
 - 5.3. Bericht zur Baulandentwicklung
 - 5.4. Soziale Wohnraumförderung
 - 5.5. Geschäftsbericht des Amtes für Wohnungswesen
 - 6. Stadtplanung**
- V/0500/2010
V
- V/0671/2010
III
- V/0455/2010
III
- V/0489/2010
V
- V/0577/2010
V

- 6.1. Gebäudegutachten Grevener Str. 31/33
mündlicher Bericht
- 6.2. Baulicher Zustand Bahnhofsgebäude Hilstrup
mündlicher Bericht
- V/0433/2010
III
- 6.3. Erste Änderung des Bebauungsplanes Nr. 210 "Coermühle"
1. Beschluss über die Stellungnahmen
2. Satzungsbeschluss
- V/0551/2010
III
- 6.4. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 134 Teilschnitt II (Neufassung): Coerde - Kiesekampweg
Beschluss zur Änderung
- V/0495/2010
III
- 6.5. Ortszentrum Sprakel: Mitte vollenden - geplante Nutzung überdenken
Antrag der SPD Fraktion im Rat
- V/0554/2010
III
- 6.6. 1. 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Münster im Stadtbezirk West im Stadtteil Mecklenbeck im Bereich Weseler Straße / Meckmannweg / Schwarzer Kamp
Beschluss zur Änderung
2. Bebauungsplan Nr. 536: Mecklenbeck - Weseler Straße / Meckmannweg / Schwarzer Kamp
Beschluss zur Aufstellung
- V/0591/2010
III
- 6.7. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 415: Wolbeck-Nord - Am Borggarten / Grenkuhlenweg / Telgter Straße im Bereich nördlich Von-Grüter-Weg / östlich Von-Walsen-Weg
1. Beschluss über die Stellungnahme
2. Satzungsbeschluss
- V/0578/2010
III
- 6.8. Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 483: Amelsbüren - Hansa-Businesspark - Industrie- und Gewerbegebiet (Autobahn A 1 / Kappenberger Damm / Wiedastraße / Liekfor / Bahnlinie Münster-Lünen / Dortmund-Ems-Kanal) im Bereich nördlich Wiedastraße / Liekfor
1. Beschluss zur Änderung
2. Beschluss zur Offenlegung
- 7. Verkehr**
- V/0662/2010
II
- 7.1. Umstrukturierung Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)
- V/0526/2010
III
- 7.2. Umbau des Knotenpunktes Weseler Straße / B 51, hier: Ergänzung um eine Bussonderspur

- V/0620/2010
III
- 7.3. Warendorfer Straße - überarbeitete Planung zur Wiederherstellung nach Kanalbau zwischen Ring und Danziger Freiheit
- V/0570/2010
III
- 7.4. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen / GAL an den Rat Nr. A-R/0056/2010 "Coermühle an Wochenenden sperren"
- V/0325/2010
III
- 7.5. Hobbeltstraße - Radverkehr und Lärmschutz
Anregung der CDU-Fraktion vom 03.06.2009 (A-O/0021/2009)
- V/0533/2010
III
- 7.6. Barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen "Dülmener Straße" auf der Dülmener Straße (L 551) Antrag der CDU-Fraktion und von Herrn Prof. Dr. Poll (FDP) lfd. Nr. A-W /0005/2009 vom 05.03.2009 in der Bezirksverwaltung Münster-West
- V/0621/2010
III
- 7.7. Umleitung der Buslinien in der Altstadt im Jahr 2011
- V/0605/2010
III
- 7.8. Fahrplanmaßnahmen der Stadtwerke Münster zum 10.01.2011
- V/0599/2010
III
- 7.9. Neue Standards für "barrierefreies Bauen" im öffentlichen Verkehrsraum
- Ausstattung der Haltestelle "Ev. Krankenhaus" auf der Wichernstraße mit Bodenindikatoren für blinde und sehbehinderte Menschen
- 8. Bauvorhaben**
- 8.1. Grevener Straße 53 - Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses
- 8.2. Hohenzollernring 16 - Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses
- 8.3. Pluggendorf 10, 11, 12 - Neubau von Mehrfamilienhäusern
- 8.4. Dreifaltigkeitskirche
- 9. Verschiedenes**

Der Ausschussvorsitzende Herr Heuer stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest, begrüßte Mitglieder, Gäste und Verwaltungsangehörige und eröffnete die Sitzung.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Herr Heuer verpflichtete Frau Hilgensloh als neues Mitglied im Ausschuss.

Punkt 2 der Tagesordnung**Genehmigung der Tagesordnung**

Die CDU-Fraktion beantragte, den Tagesordnungspunkt 7.5 von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Ausschuss stimmte einvernehmlich zu.

Die SPD-Fraktion beantragte, den Tagesordnungspunkt 7.4 von der Tagesordnung abzusetzen. Der Ausschuss stimmte einvernehmlich zu.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte, den Tagesordnungspunkt 6.8 von der Tagesordnung abzusetzen.

Abstimmung:

Dieser Antrag wurde durch Gegenstimmen von CDU, SPD, FDP und DIE LINKE mehrheitlich abgelehnt.

Die so geänderte Tagesordnung wurde genehmigt.

Punkt 2.1 der Tagesordnung**Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.**

Die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen war nicht erforderlich für die Tagesordnungspunkte 5.1, 5.2, 5.5, 7.2, 7.7 – 7.9; für alle anderen Sachpunkte wurde die Anwesenheit erbeten.

Punkt 3 der Tagesordnung**Mitteilungen der Verwaltung**

Die Verwaltung hatte schriftliche Mitteilungen zur Sitzung verteilt bzw. berichtete zu folgenden Punkten:

- abschließende Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes im Normenkontrollverfahren zum Bebauungsplan Nr. 515: Kinderhaus - Erweiterung Zentrum Kinderhaus
- Verschiebung der Baumaßnahme „Niedersachsenring/Gartenstraße“ in die Sommerferien 2011
- Sachstand zu den Bewilligungen von Städtebauförderungsmitteln in 2010
- Auftaktveranstaltung Hafenforum am 30.09.2010
- Verbesserung der Signalsteuerung für Busse an der Kreuzung Neutor
- Erarbeitungsbeschluss des Regionalrates vom 20.09.2010 für die Fortschreibung des Regionalplans Münsterland mit dem Ziel, im Dezember 2010 soll das sog. Beteiligungsverfahren starten
- Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals / Bereich Stadtstrecke Münster:
 - a) Aktueller Sachstand zum Bauzeitenplan des WSA Rheine
 - b) Verlegung einer 110-kV-Leitung der RWE im Streckenabschnitt Mittelhafen - Mauritz

- aktueller Sachstand zum geplanten Sendemast an der Weseler Straße: Bestätigung der Position der Stadt durch das Bundesinnenministerium und die Bezirksregierung Münster, dass der Funkmast keine Funktionseinheit mit dem Technikgebäude darstellt, und folglich auch Standortalternativen möglich seien

Punkt 4 der Tagesordnung Anträge und Eingaben

Punkt 4.1 der Tagesordnung Bekanntgabe

Herr Heuer gab bekannt:

- Eingabe des Beirates Rieselfelder der Stadt Münster vom 22.09.2010 betreffend die Vorlage V/0570/2010 „Coermühle an Wochenenden sperren“; vgl. Anlage 1.

Anträge waren nicht bekannt zu gegeben.

Die Anträge zu Vorlagen wurden zu den jeweiligen Sachpunkten eingebracht.

Punkt 4.2 der Tagesordnung Stellungnahmen

Stellungnahmen zu Anträgen lagen nicht vor.

Punkt 5 der Tagesordnung Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft

Punkt 5.1 der Tagesordnung Anregung § 24 GO NRW Aufgabe des Spielplatzes V/0500/2010 "Pater-Kolbe-Straße" in Amelsbüren

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss mehrheitlich mit Für-Stimmen der CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Der Spielplatz „Pater-Kolbe-Straße“ in Amelsbüren wird aufgegeben, der Anregung nach § 24 GO NRW wird gefolgt. Das Grundstück soll einer wohnbaulichen Nutzung zugeführt und kann daher vermarktet werden.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Kosten oder Folgekosten entstehen.

**Punkt 5.2 der Tagesordnung
V/0671/2010**

Bürgerumfrage 2010: Ergebnisse der Fragenkomplexe "Einsparmöglichkeiten und Mehreinnahmen", "Ziele der Stadtentwicklung"

Herr Dr. Tsakalidis regte für künftige Umfragen an, das Themenfeld Migration/Integration spezifischer zu untersuchen.

Im Übrigen nahm der Ausschuss den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**Punkt 5.3 der Tagesordnung
V/0455/2010**

Bericht zur Baulandentwicklung

Die Vorlage war aus der letzten Sitzung vertagt worden.

Herr Kisnat erbat in diesem Zusammenhang die Klarstellung, dass das Projekt 681-04A „Sprakel, westliche Erweiterung, nördl. Landwehr Teil 1“, das im mittelfristigen Baulandprogramm mit Stand noch mit einer Baureife in 2011 ausgewiesen war (vgl. Anlage 2 zur Vorlage), angesichts der aktuellen Investitionsplanung realistischer Weise erst mit Baureife in 2013 prognostiziert werden könne.

Dies nahm der Ausschuss einvernehmlich – wie auch die Vorlage im Übrigen – zur Kenntnis.

**Punkt 5.4 der Tagesordnung
V/0489/2010**

Soziale Wohnraumförderung

Dieser Tagesordnungspunkt war aus der vorherigen Sitzung vertagt worden.

Die CDU-Fraktion brachte einen Antrag zur Berichtsvorlage ein:

„Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft möge beschließen:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das „Handlungsprogramm Wohnen“ zu aktualisieren. Dabei sind die geänderten Förderbedingungen des Landes zu berücksichtigen. Insbesondere sind konkrete Maßnahmen und innovative Projekte aufzunehmen, um zusätzliche Fördermittel beim Land beantragen zu können.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, noch einmal in Gesprächen mit der Landesregierung (MBV) eine höhere Einstufung im Segment „Mietwohnungsbau“ zu erreichen.“

In der Begründung führte Frau Benning aus, dass dieser Antrag über die reine Fortschreibung des Handlungsprogramms Wohnen hinausgehe und auf einen neuen ganzheitlichen Ansatz für ein kommunales Wohnraumkonzept abstelle.

Abstimmungsergebnisse:

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde einstimmig beschlossen.

Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das „Handlungsprogramm Wohnen“ zu aktualisieren. Dabei sind die geänderten Förderbedingungen des Landes zu berücksichtigen. Insbesondere sind konkrete Maßnahmen und innovative Projekte aufzunehmen, um zusätzliche Fördermittel beim Land beantragen zu können.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, noch einmal in Gesprächen mit der Landesregierung (MBV) eine höhere Einstufung im Segment „Mietwohnungsbau“ zu erreichen.

**Punkt 5.5 der Tagesordnung
V/0577/2010**

Geschäftsbericht des Amtes für Wohnungswesen

Herr Heuer stellte fest, dass die Inhalte aus der Berichterstattung zur Geschäftstätigkeit des Amtes für Wohnungswesen wichtig seien für die Arbeit dieses Ausschusses, und regte an, dass das Gremium diese Informationen auch künftig erhalten werde.

Der Ausschuss nahm den Bericht mit Dank zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung

Stadtplanung

Punkt 6.1 der Tagesordnung

Gebäudegutachten

Greverer

Str.

31/33

mündlicher Bericht

Herr Heuer rief die Inhalte der Beratungen im Ausschuss in der Frage eines möglichen Erhaltes der Gebäudeeinheit 31/33 in Erinnerung, in deren Fortsetzung heute Herr Knoche von Knoche Partner Architekten das von ihm erstellte Gutachten zur Gebäudesubstanz des Hauses 33 vorstellen werde, welches vom Amt für Immobilienmanagement in Auftrag gegeben worden sei.

Aus den Reihen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde beklagt, dass das Gutachten den Fraktionen nicht vor der Sitzung zugeleitet worden war. Es wurde vereinbart, dass das Gutachten zeitnah im Nachgang zu dieser Sitzung zur Verfügung gestellt werde.

Inhaltlich führte Herr Knoche an vielen Details aus, worin der umfänglich sehr schlechte bauliche Zustand begründet sei. Die Sanierungskosten für das Objekt mit heutiger Wohnfläche von 370 m² seien mit 575.000 € anzusetzen, da sowohl die komplette Hülle einschließlich Dachstuhl als auch der gesamte Innenausbau und die technischen Installationen vollständig zu erneuern seien, um heutigen Anforderungen an Brand-/Schall- und Dämmschutz zu entsprechen. Selbst damit sei kein Standard zu erreichen, der einem Neubau entsprechen würde.

Technisch sei es möglich, das Gebäude 33 abzureißen, ohne das Gebäude 31 zu gefährden, da eine gemeinsame Brandwand vorhanden sei.

Der Ausschuss nahm diesen Bericht zunächst mit Dank an den Gutachter zur Kenntnis.

Punkt 6.2 der Tagesordnung	Baulicher Zustand	Bahnhofsgebäude	Hiltrup
mündlicher Bericht			

Herr Nottenkemper berichtete zu den wesentlichen Erkenntnissen, die eine gutachterlichen Untersuchung von Seiten der Wohn + Stadtbau GmbH zum baulichen Zustand des denkmalgeschützten Bahnhofsgebäude ergeben hatten.

Bei Betrachtung aller denkbaren Nutzungsalternativen habe sich für die Wohn + Stadtbau trotz größter Bemühungen kein Ansatz für eine wirtschaftlich tragbare Lösung finden lassen.

Dazu sei der bauliche Zustand zu schlecht. Beispielsweise sei dauerhafter Pumpenbetrieb erforderlich, um Eindringen von Grundwasser zu verhindern; die Gebäudesubstanz sei stark angegriffen und erinnere teilweise an die Zustände im zuvor behandelten Tagesordnungspunkt. Zudem hatten in der Vergangenheit erhebliche Rückbaumaßnahmen im Inneren stattgefunden.

Die möglichen Mieterwartungen bezifferte Herr Nottenkemper auf 6 – 6,50 €/m², damit sei kein wirtschaftlicher Erfolg zu erzielen. Daher habe sich die Wohn + Stadtbau GmbH gegen eine Planung für das Objekt entschieden.

Jedoch enthalte das Gutachten keine Aussagen zur generellen Machbarkeit. Möglicherweise komme ein privater Investor, der das Gebäude zu eigenen Zwecken nutzen und die Sanierungsmaßnahmen mit erheblichen Eigenleistungen durchführen wolle, zu einer anderen Einschätzung.

Im diesem Zusammenhang verwies Herr Thielen auf einen aktuellen Anlass, zu dem er dem Ausschuss in nicht-öffentlicher Sitzung berichten wolle.

Damit nahm der Ausschuss die Ausführungen von Herrn Nottenkemper zunächst mit Dank zur Kenntnis.

Punkt 6.3 der Tagesordnung	Erste Änderung des Bebauungsplanes Nr. 210
V/0433/2010	"Coermühle"
	1. Beschluss über die Stellungnahmen
	2. Satzungsbeschluss

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Über die vorliegenden Stellungnahmen zum Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 210 „Coermühle“ wird wie folgt Beschluss gefasst:

1.1 Der Entwurf der Bebauungsplanänderung wird wie folgt geändert:

1.1.1 Die Baugrenze wird im Bereich des geplanten erweiterten Wendehammers auf den bauordnungsrechtlich erforderlichen Abstand zurückgenommen und südlich des Wendehammers erweitert (Anlage 1, Punkt 7).

- 1.2 Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird den nachfolgenden Stellungnahmen zum Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 210 nicht gefolgt:
- 1.2.1 Den Stellungnahmen, im Plangebiet Einzelhandel nicht generell, sondern lediglich den zentrenrelevanten Einzelhandel auszuschließen (Anlage 1, Punkt 1).
 - 1.2.2 Den Stellungnahmen, wonach durch den Einzelhandelsausschluss das wirtschaftliche Wachstum und die Arbeitsplatzsicherheit der Betriebe, die selbsterzeugte Waren am Firmenstandort verkaufen, erheblich eingeschränkt würden und die Zukunftsfähigkeit dieser Betriebe gefährdet sei (Anlage 1, Punkt 2).
 - 1.2.3 Der Stellungnahme, im Bebauungsplan auf die Festsetzung der maximalen Größe der ausnahmsweise zulässigen Verkaufsflächen zu verzichten und diese lediglich in der Begründung darzulegen (Anlage 1, Punkt 3).
 - 1.2.4 Den Stellungnahmen, die im Bebauungsplan gekennzeichneten Altlasten- / Verdachtsflächen zu reduzieren (Anlage 1, Punkt 4).
 - 1.2.5 Der Stellungnahme, auf die Kennzeichnung des Bodendenkmals im Bebauungsplan zu verzichten (Anlage 1, Punkt 5).
 - 1.2.6 Der Stellungnahme, die geplante Erweiterung des Wendehammers auf die gegenüberliegende Seite zu verlegen (Anlage 1, Punkt 7).
2. Der geänderte Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 210 „Coermühle“ wird gemäß §§ 2 und 10 i. V. m. § 13 Baugesetzbuch (BauGB) und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung (GO NRW) als Satzung beschlossen.

Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 210 wird ebenfalls beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Durch den vorstehenden Beschlussvorschlag entstehen keine zusätzlichen Kosten und keine weiteren Folgekosten.

Punkt 6.4 der Tagesordnung V/0551/2010

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 134 Teilabschnitt II (Neufassung): Coerde - Kiesekampweg Beschluss zur Änderung

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Der Bebauungsplan Nr. 134 Teilabschnitt II (Neufassung): Coerde – Kiesekampweg ist gemäß §§ 2 (1) und 1 (8) Baugesetzbuch zu ändern.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster durch die Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplanes keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.

Die SPD-Fraktion brachte einen Änderungsantrag zur Vorlage ein:

„Sprakel Ortsmitte: Bürgerbeteiligung

Der Planungsausschuss möge beschließen:

1. Vor einer Entscheidung über die Vorlage und damit vor Einleitung des vorgeschlagenen Änderungsverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 458 <Sprakel-Mitte> wird die Bürgerschaft im Stadtteil Sprakel von Seiten der Stadt über die beabsichtigte Änderung im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung informiert und ein Meinungsbild erstellt.
2. Die Verwaltung bereitet die Ergebnisse der Veranstaltung auf und informiert den ASSVW.
3. Die Beschlussfassung wird bis dahin zurückgestellt.“

Die CDU-Fraktion brachte einen Änderungsantrag zur Vorlage ein:

„Der ASSVW möge beschließen:

- 1. Die Vorlage 495/2010, Ortszentrum Sprakel ..., wird wie folgt geändert:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Änderung des Bebauungsplans Nr. 458: „Sprakel – Mitte“ vorzubereiten.

~~Anstelle eines Mischgebietes soll ein Allgemeines Wohngebiet für den zentralen Bereich festgesetzt werden.~~ [gestrichen]

neu: Die Änderung soll auf dem Böckmannplatz die Möglichkeit einer zusammenhängenden Einzelhandelsfläche ab 850 qm Verkaufsfläche eröffnen. Ein zusätzlicher Besatz mit kleinflächigen Läden ist weiterhin vorzusehen.

Dabei wird das Platzthema beibehalten.

- 2. Das Änderungs-Verfahren soll analog einer BPlan-Neuaufstellung erfolgen.“

Abstimmungsergebnisse:

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde eingebracht und nicht zur Abstimmung gestellt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen.

Damit erhielt der Beschluss die nachstehende **geänderte** Fassung.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

1. Vor einer Entscheidung über die Vorlage und damit vor Einleitung des vorgeschlagenen Änderungsverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 458 <Sprakel-Mitte> wird die Bürgerschaft im Stadtteil Sprakel von Seiten der Stadt über die beabsichtigte Ände-

zung im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung informiert und ein Meinungsbild erstellt.

2. Die Verwaltung bereitet die Ergebnisse der Veranstaltung auf und informiert den ASSVW.
3. Die Beschlussfassung über die Vorlage der Verwaltung wird bis dahin zurückgestellt.

**Punkt 6.6 der Tagesordnung
V/0554/2010**

**1. 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Münster im Stadtbezirk West im Stadtteil Mecklenbeck im Bereich Weseler Straße / Meckmannweg / Schwarzer Kamp
Beschluss zur Änderung
2. Bebauungsplan Nr. 536: Mecklenbeck - Weseler Straße / Meckmannweg / Schwarzer Kamp
Beschluss zur Aufstellung**

Herr Winter regte für die SPD-Fraktion an, den Eigentümer an den Kosten des Wettbewerbes zu beteiligen. Zudem bat er, die Wettbewerbsauslobung im Ausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Flächennutzungsplan ist gemäß §§ 2 (1) und 1 (8) Baugesetzbuch (BauGB) im Bereich Weseler Straße / Meckmannweg / Schwarzer Kamp zu ändern.
2. Für den Bereich zwischen Weseler Straße, Meckmannweg und Schwarzer Kamp ist gemäß § 2 (1) BauGB ein Bebauungsplan u. a. zur Festsetzung von Art und Maß der baulichen Nutzung, der überbaubaren Grundstücksflächen und der Verkehrsflächen aufzustellen.

Innerhalb dieses Gebietes liegen die folgenden Grundstücke:

Gemarkung Münster, Flur 226, Flurstücke 152, 234, 235, 393, 483, 503, 507, 604, 647-649, 652, 682, 683, Teil des Flurstücks 636.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster durch den Beschluss zur Änderung bzw. Aufstellung der Bauleitpläne keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.

**Punkt 6.7 der Tagesordnung
V/0591/2010**

**1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 415: Wolbeck-Nord - Am Borggarten / Grenkuhlenweg / Telgter Straße im Bereich nördlich Von-Grüter-Weg / östlich Von-Walsen-Weg
1. Beschluss über die Stellungnahme
2. Satzungsbeschluss**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der zum Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 415: Wolbeck-Nord – Am Borggarten / Grenkuhlenweg / Telgter Straße im Bereich nördlich Von-Grüter-Weg / östlich Von-Walsen-Weg vorgetragene Stellungnahme gegen die geplante zwingende II-geschossige Bebauung im Eckbereich Von-Grüter-Weg/Von-Walsen-Weg wird nicht gefolgt.
2. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 415: Wolbeck-Nord – Am Borggarten / Grenkuhlenweg / Telgter Straße im Bereich nördlich Von-Grüter-Weg / östlich Von-Walsen-Weg wird aufgrund der §§ 2 und 10 in Verbindung mit § 13 Baugesetzbuch und der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung (GO NRW) als Satzung beschlossen.
Die Begründung zur Bebauungsplanänderung wird ebenfalls beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster durch die Bebauungsplanänderung keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.

Punkt 6.8 der Tagesordnung V/0578/2010

**Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 483:
Amelsbüren - Hansa-Businesspark - Industrie- und
Gewerbegebiet (Autobahn A 1 / Kappenberger
Damm / Wiedastraße / Liekfor / Bahnlinie Münster-
Lünen / Dortmund-Ems-Kanal) im Bereich nördlich
Wiedastraße / Liekfor
1. Beschluss zur Änderung
2. Beschluss zur Offenlegung**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen, war mehrheitlich durch die übrigen Fraktionen abgelehnt worden.

Zu diesem Sachpunkt war ein Schreiben von Herrn Stadtdirektor Schultheiß an die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL als schriftliche Unterlage verteilt worden.

Frau Bennink stellte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL fest, dass eine Entscheidung über die Vorlage ohne vorherige Einsicht in den städtischen Verwaltungsvorgang nicht möglich sei. Die Verwaltung sagte zu, diese Akteneinsicht kurzfristig noch vor der Ratssitzung zu ermöglichen.

Sodann ließ Herr Heuer über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss mehrheitlich mit den Für-Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen/GAL und Enthaltung durch DIE LINKE, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Bebauungsplan Nr. 483: Amelsbüren - Hansa-Businesspark Münster -Industrie- und Gewerbegebiet (Autobahn A 1 / Kappenberger Damm / Wiedastraße / Liekfor / Bahnlinie Münster-Lünen / Dortmund-Ems-Kanal) ist gemäß § 2 (1) und 1 (8) in Verbindung mit § 13 Baugesetzbuch für den Teilbereich nördlich Wiedastraße / Liekfor aufzuheben. Mit der Teilaufhebung

werden die folgenden Grundstücke aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 483 entlassen:

Gemarkung Amelsbüren,
Flur 8, Teile der Flurstücke 221, 253, 320, 321,
Flur 9, Flurstücke 42-44, 46-48, 51, 57, 179, 189-191, 194-196, 206, 207, 277-282, 328, 398,
428, 430, Teile der Flurstücke 41, 283, 284.

Auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) Baugesetzbuch wird gemäß § 13 (2) Satz 1 Nr. 1 Baugesetzbuch verzichtet.

2. Der Entwurf der Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 483: Amelsbüren - Hansa-Businesspark Münster -Industrie- und Gewerbegebiet (Autobahn A 1 / Kappenberger Damm / Wiedastraße / Liekfor / Bahnlinie Münster-Lünen / Dortmund-Ems-Kanal) für den Teilbereich nördlich Wiedastraße / Liekfor einschließlich Begründung wird gemäß § 13 (2) Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch öffentlich ausgelegt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster durch die Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 483 keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verkehr

Punkt 7.1 der Tagesordnung V/0662/2010

Umstrukturierung GmbH (RVM)

Regionalverkehr

Münsterland

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die Regelungen zum Verlustausgleich zwischen der Stadt Münster/den Stadtwerken und der RVM werden zur Kenntnis genommen.
2. Beschlüsse zur Umstrukturierung
 - 2.1. Der Rat der Stadt Münster nimmt den Bericht zur vorgesehenen Umstrukturierung der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) zur Kenntnis.
 - 2.2. Der Rat der Stadt Münster erklärt sein Einverständnis, dass der RVM einen Teil des bisher vom LWL (vertreten durch die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft (WLV)) an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft (WVG) gehaltenen Geschäftsanteils durch Zahlung eines Kaufpreises in Höhe von 1.257.142,86 € erwirbt und danach eine Beteiligung in Höhe von 29,14 % an der WVG hält.
 - 2.3. Der Übertragung des Geschäftsanteils der WVG an der RVM in Höhe von 2.102.073,13 € auf die Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt, Warendorf durch Sachwertausschüttung aus der Kapitalrücklage der WVG wird zugestimmt.

- 2.4. Der Übertragung der Gesellschaftsanteile der Kreise an der WVG in Höhe von je 7 % zu einem Buchwert von je 155.020 € auf die Regionalgesellschaften RVM, RLG, VKU wird zugestimmt.

3. Beschlüsse zur Änderung des Gesellschaftsvertrages

Der Rat stimmt dem neu gefassten Gesellschaftsvertrag der RVM zu (Anlage 1) und nimmt die „Darstellung wesentlicher Unterschiede der RVM-Satzungen alt und neu“ zur Kenntnis (Anlage 2). Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass sich die Gesellschafterstruktur der RVM durch Reduzierung der Anzahl der Gesellschafter wesentlich verändert hat (vgl. Anlage 3).

4. Der Vertreter der Stadt Münster in der Gesellschafterversammlung der RVM wird ermächtigt, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

5. Besetzung im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung

- 5.1 Als Vertreter der Stadt Münster im Aufsichtsrat der RVM wird entsandt:
Herr Stadtdirektor Hartwig Schultheiß
- 5.2 Als zweiter Vertreter im Aufsichtsrat der RVM wird entsandt:
Herr Dr. Henning Müller-Tengelmann, Geschäftsführer der Stadtwerke Münster GmbH
- 5.3 Als Vertreter der Stadt Münster in der Gesellschafterversammlung wird entsandt:
Herr Stadtdirektor Hartwig Schultheiß
- 5.4 Als Stellvertreter der Stadt Münster für Herrn Stadtdirektor Schultheiß in der Gesellschafterversammlung wird entsandt: Herr Michael Milde

Punkt 7.2 der Tagesordnung V/0526/2010

Umbau des Knotenpunktes Weseler Straße / B 51, hier: Ergänzung um eine Bussonderspur

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage einstimmig.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

Der Verkehrstechnische Entwurf zum Ausbau des Knotenpunktes Weseler Straße / B 51 vom Oktober 2008 wird um den Ausbau einer Bussonderspur vom Autobahnzubringer (B 51) in Fahrtrichtung Weseler Straße (B 219) ergänzt (Anlage 1).

II. Finanzielle Auswirkungen

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für den Gesamtumbau des Knotenpunktes einschließlich Bussonderspur Kosten in Höhe von ca. 1,265 Mio. € entstehen. Diese sind wie folgt zu finanzieren:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen

Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen			
Investitionsmaßnahme	4071	Weseler Straße L 551/ B 219 doppelte Linksabbieger			
Auszahlungen			2011 2012 2013	770.000 475.000 20.000	
Insgesamt:				1.265.000	

Einzahlungen			2011 2012 2013	380.000 500.000 120.000	
Insgesamt:				1.000.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan - Entwurf bei der o. g. Produktgruppe veranschlagt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2011 bzw. des mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Der Fördersatz beträgt z. Z. 60 % der zuwendungsfähigen Kosten.

Punkt 7.3 der Tagesordnung V/0620/2010	Warendorfer Straße - überarbeitete Planung zur Wiederherstellung nach Kanalbau zwischen Ring und Danziger Freiheit
---------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Die CDU-Fraktion brachte einen Antrag ein:

„Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft möge beschließen:

1. die Ergänzung der Signalisierung Ecke Warendorfer Straße/Dechaneistraße um eine zusätzliche Signalisierung für Fahrräder in beide Fahrrichtungen.
2. die Ergänzung der Signalisierung Ecke Warendorfer Straße/Wienerstraße in stadteinwärtiger Richtung im Bereich der Fußgängerquerung um ein Warnblinksignal.“

Die SPD-Fraktion griff die Anregung der Bezirksvertretung Münster Mitte auf:

„Der überarbeiteten Planung von August 2010 zur Wiederherstellung der Warendorfer Straße nach Kanalbau zwischen Hohenzollernring und Danziger Freiheit wird zugestimmt. **Zusätzlich wird im Bereich des Hauses Warendorfer Str. 148 an geeigneter Stelle ein Fahrradständer für eine größere Anzahl von Rädern aufgestellt.**“

Herr Reuter (FDP) fragte, ob die Bauzeiten verkürzbar seien und ob es noch eine zusätzliche Bürgerbeteiligung geben werde.

Die Verwaltung nahm zu diesen Anliegen Stellung:

Die Frage der Querung und Signalisierung habe mit dem eigentlichen Ausbau nichts zu tun und ließe sich daher davon unabhängig auf Verbesserungsmöglichkeiten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit prüfen. Die Frage der Bauzeiten sei im Zusammenhang mit der Vorlage zum Baubeschluss zu klären. Die Planung sei der Bürgerschaft vorgestellt worden.

Einvernehmlich verständigte sich der Ausschuss darauf, den Antrag der CDU als Prüfauftrag zu werten und bat die Verwaltung zeitnah um Stellungnahme.

Abstimmungsergebnisse:

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde als Prüfauftrag einstimmig beschlossen.

Die Anregung der Bezirksvertretung Münster-Mitte wurde einstimmig beschlossen

Damit beschloss der Ausschuss die so **geänderte** Vorlage einstimmig.

Beschluss:

„I. Sachentscheidung:

Der überarbeiteten Planung von August 2010 zur Wiederherstellung der Warendorfer Straße nach Kanalbau zwischen Hohenzollernring und Danziger Freiheit wird zugestimmt. **Zusätzlich wird im Bereich des Hauses Warendorfer Str. 148 an geeigneter Stelle ein Fahrradständer für eine größere Anzahl von Rädern aufgestellt.**

Die Verwaltung möge prüfen, ob es folgende Maßnahmen geeignet erscheinen, die Verkehrssicherheit zu erhöhen:

1. **die Ergänzung der Signalisierung Ecke Warendorfer Straße/Dechaneistraße um eine zusätzliche Signalisierung für Fahrräder in beide Fahrtrichtungen.**
2. **die Ergänzung der Signalisierung Ecke Warendorfer Straße/Wienerstraße in stadteinwärtiger Richtung im Bereich der Fußgängerquerung um ein Warnblinksignal.**

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Baukosten für die Wiederherstellung nach Kanalbau in Höhe von ca. 2.620.000 € entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die erforderlichen Mittel stehen im Teilfinanzplan nachstehender Produktgruppe wie folgt zur Verfügung:

Auszahlungen

	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkun- gen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen	2010 2011	200.000 1.000.000	VE: 2.700.000
Teilfinanzplan (Zeile)	08	Auszahlung für Baumaßnahmen	2012	1.700.000	
Investitionsmaßnahme	4031	Warendorfer Str./Ring bis Danziger Freiheit			
Insgesamt:				2.900.000	

Einzahlungen

	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkun- gen
--	-----	-------------	-----------------	-------------	------------------

Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen	2010	5.000	
			2011	305.000	
Teilfinanzplan (Zeile)	01	Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionen	2012	330.000	
			2013	339.000	
Investitionsmaßnahme	4031	Warendorfer Str./Ring bis Danziger Freiheit			
Insgesamt:				979.000"	

**Punkt 7.4 der Tagesordnung
V/0570/2010**

**Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen / GAL
an den Rat Nr. A-R/0056/2010 "Coermühle an Wochenenden sperren"**

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

**Punkt 7.5 der Tagesordnung
V/0325/2010**

**Hobbeltstraße - Radverkehr und Lärmschutz
Anregung der CDU-Fraktion vom 03.06.2009 (A-O/0021/2009)**

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

**Punkt 7.6 der Tagesordnung
V/0533/2010**

Barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen "Dülmener Straße" auf der Dülmener Straße (L 551) Antrag der CDU-Fraktion und von Herrn Prof. Dr. Poll (FDP) lfd. Nr. A-W /0005/2009 vom 05.03.2009 in der Bezirksverwaltung Münster-West

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage einstimmig.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Der Planung zum barrierefreien Ausbau der beiden Bushaltestellen „Dülmener Straße“ auf der Dülmener Straße als Buskaps gemäß Anlage 2 wird zugestimmt.

II Finanzielle Auswirkungen

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für den gesamten Umbaubereich Kosten in Höhe von ca. 50.000,00 € entstehen.

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und Anlagen			
Zeile	06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2011	40.000	Kostenerstattung Land (80 %) für den barriere- freien Umbau der Halte- stelle

Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2011	50.000	barrierefreier Umbau der Bushaltestellen (ca. 50.000 €)
-------	----	---------------------------------------------	------	--------	---------------------------------------------------------

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2011 bei der o.g. Produktgruppe veranschlagt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2011 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Punkt 7.7 der Tagesordnung V/0621/2010	Umleitung der Buslinien in der Altstadt im Jahr 2011
---------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------

Der Ausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 7.8 der Tagesordnung V/0605/2010	Fahrplanmaßnahmen der Stadtwerke Münster zum 10.01.2011
---------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------

Der Ausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 7.9 der Tagesordnung V/0599/2010	Neue Standards für "barrierefreies Bauen" im öffentlichen Verkehrsraum - Ausstattung der Haltestelle "Ev. Krankenhaus" auf der Wichernstraße mit Bodenindikatoren für blinde und sehbehinderte Menschen
---------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Herr Sauer regte an, dass auch andere Haltestellen sukzessive im neuen Standard für „barrierefreies Bauen“ ausgestattet werden.

Herr Fastermann sprach sich dafür aus, die vorgesehene Evaluierungsphase kurz zu fassen.

Im Übrigen nahm der Ausschuss den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung	Bauvorhaben
---------------------------------	--------------------

Punkt 8.1 der Tagesordnung	Grevener Straße 53 - Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses
-----------------------------------	-----------------------------------------------------------------

Herr Lohaus erläuterte das Bauvorhaben „Beginnenhaus“, das schon in der Presse vorgestellt worden war. Der Beirat für Stadtgestaltung hatte eine substanzielle Überarbeitung der Fassadengestaltung empfohlen.

Die Anregung sei vom Vorhabenträger, der Wohn + Stadtbau GmbH, aufgegriffen worden und der Entwurf werde aktuell bereits entsprechend überarbeitet.

Dies nahm der Ausschuss zur Kenntnis.

Punkt 8.2 der Tagesordnung**Hohenzollernring 16 - Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses**

Herr Lohaus informierte zum aktuellen Sachstand. Die Planung für das Vorhaben war nochmals überarbeitet worden. Nunmehr solle die bestehende Doppelhausbebauung in ihrer Substanz unangetastet erhalten bleiben. Neben der Sanierung des Doppelhauses sei ein solitäres Nebengebäude vorgesehen. Diese Planung entspreche nunmehr voll den Zielen der Erhaltungssatzung.

Der Beirat für Stadtgestaltung hatte sich dafür ausgesprochen, das Solitärgebäude in der Variante als Flachdach zu errichten.

Dieser Aspekt wurde im Ausschuss diskutiert.

Auf Nachfrage von Herrn Scholz erläuterte Herr Lohaus, dass die städtische Fläche vor dem Grundstück, die aktuell noch etwas unregelmäßig zum Parken genutzt werde, im Zusammenhang mit dem Vorhaben veräußert und substanziell verbessert werde.

Der Ausschuss stimmte dem Vorhaben mehrheitlich bei erhobenen Bedenken von Bündnis 90/Die Grünen/GAL zu.

Punkt 8.3 der Tagesordnung**Pluggendorf 10, 11, 12 - Neubau von Mehrfamilienhäusern**

Herr Scholz erklärte sich für befähigt und verließ den Raum.

Herr Lohaus knüpfte an die Vorstellung in der vorherigen Sitzung an und erläuterte die Überarbeitung. Das Bauvorhaben füge sich nunmehr auch hinsichtlich Höhe und Kubatur ein, so dass ein Rechtsanspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung nach § 34 BauGB gegeben sei.

Frau Benning (CDU) erhob Bedenken angesichts der extrem hohen Ausnutzung der Fläche.

Im Übrigen nahm der Ausschuss den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 8.4 der Tagesordnung**Dreifaltigkeitskirche**

Herr Thielen stellte das Bauvorhaben vor, durch das die Dreifaltigkeitskirche nach Aufgabe als Kirchengebäude eine neue Nutzung erhalten und zudem mit den prägenden Eigenschaften als Baudenkmal und im markanten städtebaulichen Kontext erhalten werden soll.

Die Wohn + Stadtbau GmbH plane ein Projekt zu realisieren, indem auf dem bisherigen Kirchengrundstück „neues Leben“ durch Wohnen in Wohngruppen und 18 Einzelwohnungen sowie Dienstleistung in Form von Büronutzung einziehen werde. Projektnutzer sei u. a. die Bischof-Hermann-Stiftung. Der Entwurf der Architekten Pfeiffer Ellermann Preckel sehe vor, im Kirchengebäude fünf Geschosse mit einem von oben belichteten Innenhof zu schaffen, durch den die Außenfassade weitestgehend für Belichtungsmaßnahmen geschont werden könne. Zudem werde der Kirchenraum durch die vorgesehene Nutzung als Gemeinschaftsraum im Erdgeschoss betont.

Die Verwaltung schlage vor, das Genehmigungsverfahren auf Grundlage der vorgelegten Planung durchzuführen. Dabei seien heute noch nicht alle Detailfragen abschließend geklärt. Herr Thielen nannte insbesondere die künftige Fassadengestaltung der beiden neuen Anbauten

(Putz und Farbgebung wie zur Siedlung Kinderhauser Straße oder Ziegel in Orientierung am Kirchengebäude), Regelung der Zu- und Abfahrten und die Erschließung der Tiefgarage von der Grevener Straße aus sowie die Flucht entlang der Grevener Straße.

Der Ausschuss begrüßte das Vorhaben ausdrücklich. Dennoch wurde insbesondere der letztgenannte Punkt intensiver diskutiert. Die Ausrichtung der Anbauten solle noch genauer untersucht werden, um Aspekte wie Betonung des heutigen Portals, künftige Bewegungsfläche entlang der Grevener Straße und Fläche des entstehenden Innenhofes angemessen zu berücksichtigen.

Der Ausschuss wünschte eine Wiedervorstellung und nahm das Vorhaben zunächst mit Lob und Dank zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Heuer informierte, dass die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen vor der Sitzung zusammengetreten waren, um Verbesserungsmöglichkeiten für die künftige Gestaltung der Ausschusssitzungen zu erörtern. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender werde er Herrn Stadtdirektor Schultheiß die Aufbereitung dieser Besprechungsinhalte zukommen lassen.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 19.45 Uhr

gez.

Wolfgang Heuer
Vorsitz

gez.

Regina Dittmer
Schriftführung

Anlage 1 zu TOP 4.1:

Stadt Münster
- Beirat Rieselfelder -

Münster, 22.09.2010

An den Ausschuss für
Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft
- per Mail -

Sitzung 23.09.2010
TOP 7.4., V 570/2010, „Coermühle an Wochenenden sperren“

Sehr geehrter Herr Heuer,

der neunköpfige Beirat Rieselfelder, eingesetzt durch Ratsbeschluss im Dezember 2007, tagte verabredungsgemäß am Mittwoch, 22.09.2010, zu seiner fünften Sitzung. Im gehören jeweils ein Vertreter der im Rat vertretenden Fraktionen und jeweils zwei Vertreter der Naturschutzverbände sowie der Landwirtschaft an.

Der Beirat behandelte auch die die Rieselfelder betreffende graue Ausschuss-Vorlage 570/2010, „Coermühle am Wochenende sperren.“

Der Beirat beschloss nach lebhafter Diskussion mehrheitlich folgendes Votum:

„Dem Antrag des GAL, die Coermühle an Wochenenden für den motorisierten Individualverkehr zu sperren, soll dahingehend modifiziert stattgegeben werden, dass dies vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 zunächst für ein Jahr versuchsweise geschehen soll.“

Ich bitte dies dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen
- Horst Kisnat -
Beiratsvorsitzender